

Protokollauszug

Sitzung der Bürgerschaft der Hansestadt Wismar vom 28.02.2019

TOP 11.3. Beschluss FAG 2020 - Die einmalige Chance von Land und Kommunen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung nutzen!

(Interfraktionell: SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion DIE LINKE., Fraktion FDP/GRÜNE, FÜR-WISMAR-Fraktion)

ungeändert beschlossen

VO/2019/2999

Begründung: Herr Tiedke

Wortmeldungen: Herr Ballentin; Herr Domke; Frau Hagemann; Bürgermeister, Herr Beyer; Herr Brüggert; Herr Dr. Zielenkiewitz

Beschluss:

- 1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar stellt fest, dass die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern, um ihre Aufgaben wirksam erfüllen zu können, eine angemessene und aufgabengerechte Finanzausstattung benötigen. Dabei muss der rechtlich geforderte Haushaltsausgleich genauso möglich sein, wie die Wahrnehmung angemessener freiwilliger Aufgaben und Investitionen einschließlich Erhaltung der Infrastruktur.**
2. Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar erwartet vom Landtag die Einführung einer dauerhaft zu gewährenden Infrastrukturpauschale in Höhe von 166 Euro pro Einwohner, um die klaffende Lücke zum Durchschnitt aller Flächenländer im Bundesgebiet zumindest ab 2020 zu schließen.
3. Weiterhin erachtet es die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar als Selbstverständlichkeit, dass die vom Land bereits übertragenen und auch in Zukunft neu übertragenen Aufgaben vollständig aus Landesmitteln ausfinanziert werden (Konnexität).
4. Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar unterstützt deshalb die Forderung gegenüber dem Landtag Mecklenburg-Vorpommerns aus dem beigefügten Papier der beiden kommunalen Spitzenverbände – Städte- und Gemeindetag sowie Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern.
5. Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar fordert die vollständige Umsetzung des Papiers und bekräftigt dies mit Unterschrift auf der beigefügten Liste durch ihre Mitglieder. Der Landtag sollte mit einer EntschlieÙung zu den Grundsätzen aus diesem Papier Verlässlichkeit und Klarheit schaffen. Dazu fordern wir die Abgeordneten des Landtages als die gewählten Vertreter der Menschen in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen ausdrücklich auf. Damit legen die Abgeordneten die Basis für eine gute Zukunft im Land, die ihre Wurzel in den Kommunen hat.
- 6. Die beigefügte Unterschriftenliste wird zusammen mit dem Beschluss der Landtagspräsidentin und in Kopie der Ministerpräsidentin übersandt werden.**

Abstimmungsergebnis:

- beschlossen